



Medienkommentar

„Panama Papers“ – das scheinheilige Doppelspiel der USA



Die ganze Welt spricht von den „Panama Papers“ – einem riesigen Datenleck über das Offshore-Konstrukt in Panama. Offshore-Firmen werden auch Briefkastenfirmen oder Domizilgesellschaften genannt, da sie kein eigenes Personal und in der Regel auch keine eigenen Büroräume haben. Grundsätzlich sind solche Gesellschaften nicht illegal, jedoch werden sie oft für illegale Geschäfte wie Steuerhinterziehung missbraucht, indem eigene unversteuerte Vermögenswerte in solche Firmen gesteckt werden.

Die ganze Welt spricht von den „Panama Papers“ – einem riesigen Datenleck über das Offshore-Konstrukt in Panama. Offshore-Firmen werden auch Briefkastenfirmen oder Domizilgesellschaften genannt, da sie kein eigenes Personal und in der Regel auch keine eigenen Büroräume haben. Grundsätzlich sind solche Gesellschaften nicht illegal, jedoch werden sie oft für illegale Geschäfte wie Steuerhinterziehung missbraucht, indem eigene unversteuerte Vermögenswerte in solche Firmen gesteckt werden.

In der Sendung vom 7. April 2016 berichtete Klagemauer.TV über die Enthüllungen und Fragen, die der Offshore-Skandal aufwirft. Unter anderem das kaum Enthüllungen über bedeutende US-Bürger bekannt wurden. Doch es gibt Anzeichen – wie wir nun in dieser Sendung aufzeigen – dass die USA nach ihrem scheinbaren globalen Kampf gegen die Steuerflucht selber zum größten Offshore-Zentrum der Welt werden.

So hat der internationale Steuerspezialist Peter Cotorceanu für das bekannte „Oxford Journals“ kürzlich geschrieben, wie einfach es sei, der weltweit geforderten Steuertransparenz zu entfliehen: Bankkunden müssten ihre Gelder einfach in die USA verschieben. Cotorceanu, ein langjähriger US-Steueranwalt und Rechtsprofessor, der früher im Trustgeschäft der UBS tätig war, arbeitet in Zürich für die Anwaltskanzlei Anaford. Cotorceanu sieht ein wohlkalkuliertes strategisches Vorgehen der US-Behörden:

Erstens, haben die USA den Trend hin zu globaler Steuertransparenz angestoßen und mit folgenden Abkommen Banken und Länder in aller Welt zur Offenlegung von Kundendaten gezwungen:

- Mit dem „automatischen Informationsaustausch“, kurz AIA, der regelt, wie Steuerbehörden aus verschiedenen Ländern Daten über Bankkonten von Steuerpflichtigen austauschen.
- Mit dem „FATCA-Steuerinformationsgesetz“, ein US-Steuergesetz, das Steuerhinterziehung zu Lasten der USA verhindern soll. Das Schweizer FATCA-Gesetz ist im Juni 2014 in Kraft getreten.

All diese Abkommen mussten von den Finanzzentren aus der Schweiz, den Cayman Inseln und weiteren Offshore-Standorten genauestens umgesetzt werden. Das Bankgeheimnis dieser Länder musste praktisch aufgegeben werden.

Zweitens, sind die USA selbst aber als Nichtmitglied der „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ – kurz OECD – diesen Abkommen nie beigetreten. Vielmehr haben sie still und heimlich – neben dem Standort in Delaware – neue Offshore-

Finanzzentren in Nevada, South Dakota und Wyoming eröffnet.

So heißt es in einem Artikel der US-Finanznachrichtenagentur „Bloomberg“, ich zitiere: „Die USA sind die neue Schweiz.“

Und Ex-UBS-Manager Cotorceanu doppelt nach, (Zitat, Sprecherstimme), „Wie ironisch es doch ist – nein wie pervers –, dass die USA, die auf frömmelerische Weise die Schweizer Banken verdammt haben, zurzeit der heißeste Standort mit einem Bankgeheimnis sind.“ Da ist es nicht verwunderlich, dass Banken, wie die Privatbank Rothschild, in Reno, im US-Bundesstaat Nevada, bereits ein Informationsbüro für superreiche Steuersünder unterhalten. Wie die Nachrichtenagentur „Bloomberg“ schrieb, hielt Rothschild Managing Director Andrew Penney im September vergangenen Jahres eine Präsentation in San Francisco ab. Das Thema lautete:

1. Wie die Superreichen der Welt Steuertransparenz und Steuern überhaupt verhindern könnten und
2. dass dies nicht irgendwo möglich sei, sondern in den USA.

Wieder einmal zeigt sich, liebe Zuschauer, das scheinheilige Doppelspiel der US-Globalstrategen:

Scheinbare Missstände werden angeprangert, dies aber nur, um unliebsame Länder oder Persönlichkeiten zu diskreditieren und dann daraus auch noch Profit zu schlagen. Zu den meist Angeprangerten gehören – nicht ganz überraschend – der russische Präsident Wladimir Putin, aber auch der syrische Präsident Bashar al-Assad und Islands Premierminister Sigmundur Davíð Gunnlaugsson, die allesamt eine eigenständige Bankenpolitik verfolgten.

Kommt Ihnen dieses US-Strickmuster schon bekannt vor? Mit allen Mitteln wird die Beseitigung angeblicher Ungerechtigkeiten angestrebt, um es jedoch keinen Deut besser zu tun – sondern einzig zum eigenen Vorteil zu nutzen. Sehen Sie dazu z.B. unsere Sendung vom 3. April „Koreakonflikt – das gleiche US-Strickmuster“. Guten Abend!

von k-hc.dd.

Quellen:

<http://www.finews.ch/news/finanzplatz/21807-usa-steuerparadies-fatca-aia-cotorceanu-rothschild-offshore-trusts>

<http://www.bloomberg.com/news/articles/2016-01-27/the-world-s-favorite-new-tax-haven-is-the-united-states>

<http://www.srf.ch/news/international/finanzwelt-die-usa-sind-die-neue-schweiz-oder-das-neue-panama>

<http://www.20min.ch/finance/news/story/USA-sind-bei-Steuertricks-die-neue-Schweiz-11115813>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.